

Danziger



Beitung.

No 17055.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherrhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Vom Kaiser.

Berlin, 4. Mai.

Wie schon wiederholt, scheint auch dieses Mal die geradezu wunderbare Widerstandskraft der Constitution des Kaisers die auf den ersten Blick völlig berechtigten Befürchtungen zu widerlegen. Die erhebliche Schwächung der Kräfte, welche in dem Maße stärker hervortrat, als das Fieber nachließ, wird, so hofft man jetzt, überwunden werden. Da der Kaiser die Nacht ohne wesentliche Störung zugebracht hatte und gestärkt aufwachte, das Fieber fast ganz verschwunden war und die Temperatur nur 37,2 Grad betrug, hatten die Aerzte nichts dagegen einzuwenden, daß er früher als gewöhnlich das Bett verließ. Zum ersten Male durfte er heute den Versuch machen, wieder zu gehen, und wenn die Entfernung auch nicht groß war, so ist es doch von Wichtigkeit, daß dieser Versuch gelungen ist, namentlich mit Rücksicht auf die Stimmung des Patienten, welche für den weiteren Verlauf der Dinge nicht ohne Werth ist. Vor allem erfreute sich der Kaiser über den ihm gestatteten längeren Aufenthalt in dem großen Mittelsaal neben seinem Zimmer, dem sog. Thurmestibul, der sich von außen durch die drei hohen Rundbogenfenster kenntlich macht. Den Nachmittag brachte der Kaiser in seinem Arbeitszimmer, welches bekanntlich nach der Parkseite zu gelegen ist, zu und beschäftigte sich mit Lesen. Begreiflicher Weise enthalten sich die Aerzte jeder Vorausage über die weitere Gestaltung des Zustandes, da bei der Natur der Krankheit sichere Anhaltspunkte dafür nicht vorhanden sein können. Auch die Ankündigung, daß bis auf weiteres nicht mehr täglich Bulletins ausgegeben werden sollen, ist nicht dahin zu verstehen, als ob die Aerzte mit Sicherheit darauf rechnen, daß in der nächsten Zeit nichts zu befürchten sein würde; für den Augenblick aber ist der Zustand ein so befriedigender, daß die täglichen Bulletins nur Wiederholungen sein würden. Bei der Ankündigung, daß der Kaiser heute schon in den Schloßpark gebracht werden solle, haben die Zeitungen vor allem die heutige unfreundliche und regnerische Witterung außer Acht gelassen. Heute Nachmittag ist die Temperatur schon wieder unter zehn Grad Reaumur gesunken. Was die Reise Mackenzies nach London betrifft, so ist von einer solchen nur unter der Voraussetzung einer 8 bis 10 Tage dauernden Besserung in dem Befinden des Kaisers die Rede gewesen. Unter dieser Voraussetzung würde auch der Kaiser der Absicht Mackenzies nicht widersprechen, namentlich da die Abwesenheit desselben nur von kurzer Dauer sein würde. Entsprechend der gegenwärtigen Verfassung des Patienten soll zunächst auch die Zuziehung der Herren Geheim-Rath Bardeleben und Dr. Senator abweichend nur alle vier Tage erfolgen, so daß jeder der beiden Aerzte den Kaiser in Zwischenräumen von je 4 Tagen sehen würde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Mai.

Zeichen und Wunder

geschehen jetzt am parlamentarischen Himmel. Gestern haben die Freisinnigen abermals in dem sonst von dem Cartell unumfänglich beherrschten Abgeordnetenhaus einen nennenswerthen Erfolg errungen. Es handelte sich um eine Petition der Gemeinden Mühlenbach und Densborn (Kreis Brüm) in der Eifel um Schutz gegen Wildschaden. Mit Rücksicht darauf, daß auf eine Beschwerde der Petenten seitens der Ministerial-Instanz am 15. Januar d. J. an die Regierung zu Trier der Erlaß gerichtet worden ist, durch verstärkten Abschluß des Rothwildes, Abhaltung von Jagden u. s. w. den Klagen der Petenten Berücksichtigung angedeihen zu lassen, und in der Erwartung, daß den in Aussicht gestellten Maßnahmen die wirksamste Folge gegeben werde, war seitens der Agrarcommission eine motivirte Tagesordnung beschloffen worden. Der Abgeordnete Drape jedoch, der schon neulich einmal in eindrucksvoller Weise für endliche Regelung die Wildschadenfrage eingetreten war, stellte den Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und nach längerer interessanter Debatte wurde der freisinnige Antrag angenommen. Das ist nun in unmittelbarer Reihfolge der dritte Tag, welcher den Freisinnigen Erfolge brachte: am Mittwoch ging der Antrag Richert auf Beseitigung der Wahlgeometrie durch trotz des gewaltig energischen Widerstandes des Herrn Ministers v. Puttkamer, welcher den Antrag als ein Mißtrauensvotum gegen sich und sein berühmtes System bezeichnete. Am Donnerstag wurde der freisinnige Antrag auf Beseitigung der Relictenbeiträge der Lehrer angenommen, wobei sich die Regierung und ihre getreuen Schildträger, die Conservativen, abermals mit erheblichem Ruhme zu bedecken Veranlassung nahmen, und gestern führte das Eintreten der Freisinnigen in der Wildschadenfrage zu einem Resultate, welches zu den besten Erwartungen bezüglich des von den Freisinnigen neulich eingebrachten generellen Gesetzentwurfs berechtigt.

Man muß angesichts dieser Dinge wirklich sagen: je später der Abend, je besser die Gäste; und je länger die Session, um so besser die Beschlüsse. Möge es noch einige Zeit so fortgehen. Um einen solchen Preis würden die liberalen Volksvertreter wohl gern den stärker werdenden Lockungen der Reifseison trohen und ausharren am Ende der letzten Session des gegenwärtigen Landtags. Der letzte — hierin liegt vielleicht der Schlüssel zu mancher schier wunderbaren Erscheinung der letzten Tage.

Herr v. Rauchhaupt machte gestern wieder seine Bemerkungen über die „Wahlpolitik“ der Freisinnigen. Mit Verlaub, Herr v. Rauchhaupt! Umgekehrt — man verzeihe das triviale Wort — wird ein Vers daraus. Vor-gebern haben auch mehrere Conservative für den freisinnigen Antrag in Sachen der Lehrer-relictenbeiträge gestimmt, und einer davon, Herr v. Hülsen, stimmte höchst komischer Weise dafür, nachdem er selbst eine gewaltige Philippica — gegen den Antrag und die parlamentarische Ungehörigkeit desselben losgelassen hatte. Und gestern bei der Wildschaden-Angelegenheit steigerte sich das Entgegenkommen der Herren von der Rechten. Herr v. Rauchhaupt, der Führer derjenigen Partei, welche früher immer am entschiedensten Front machte, wenn einmal die Freisinnigen diese Frage anrührten, — Herr v. Rauchhaupt giebt jetzt plötzlich zu, was die Freisinnigen stets behauptet haben, daß nämlich die gegenwärtige Gesetzgebung nicht ausreicht, also der Ergänzung bedarf. Er bietet dazu die Hand, um, wie er sagt, den „agitatorischen Anträgen von anderer Seite“ die Spitze abzubringen, oder vielmehr, wie er nicht sagte aber vielleicht dachte, um mit dem Mantel der Liebe zu bedecken, was die conservative Partei auf diesem Gebiete in der ganzen letzten Legislaturperiode gefehlt. Aber man möge manöuvrieren, wie man wolle — die Nähe der Wahlen ist es, welche die Zeichen und Wunder hervorbringt. Die Nähe der Berührung mit den Wählern und der neuen Entscheidung über die Mandate macht den Herren, den ohnehin wegen dieses oder jenes Ereignisses manchmal etwas schwül ums Herz sein mag, ihre jetzige Haltung zum Gebot. Man zieht die Nägel rechtzeitig ein wenig ein — das scheint ein gutes Rezept zu sein. Man wird nur abwarten müssen, ob die Wähler kurzfristig genug sind, die Schläge zu verkennen. Aber wir meinen, nach dem heisenden Pulver, das man dem guten „Hödur“ im vorigen Jahre im Reiche in die blinden Augen gestreut, müssen sie auch im Staate einigermaßen sehend geworden sein.

Die Nationalliberalen aber und alle diejenigen, welche bei der Verlängerung der Legislaturperioden mitgeholfen haben, können hierbei wieder einmal in praxi sehen und erkennen, wie wichtig es ist, daß die Gewählten den Wählern öfters sich „näher“ fühlen, und wie wenig es dem Volke zum Vortheil ausschlägt, wenn die Abgeordneten durch verlängerte Wahlperioden sich so lange Zeit ungestört und fern von denjenigen befinden, denen sie für ihr Thun und Lassen Rechenschaft schuldig sind.

Das Herrenhaus

hat gegen die ursprüngliche Absicht noch für heute eine Sitzung zur Beratung der Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein festgesetzt, anscheinend um abzuwarten, zu welchen Beschlüssen die Commission für das Schullastengesetz in der heute früh stattfindenden Sitzung gelangen wird; da davon die Dauer der Session in der Hauptsache abhängt. Die Erwartung, daß das Herrenhaus den § 4 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses im Sinne der Anträge Hobrecht und Gen. abändern werde, dürfte sich, wie die Dinge jetzt stehen, kaum erfüllen.

Die Grunderwerbskosten für den Rhein-Ems-Canal.

Angesichts verschiedener Meldungen, daß die Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen werde, durch welchen der Rest der Grunderwerbskosten für den Rhein-Ems-Canal, der durch die Beiträge der Interessenten nicht gedeckt ist, etwas über 1½ Millionen Mk., entgegen den ursprünglichen Bestimmungen, auf die Staatskasse übernommen werden soll, ist es von Interesse, daß die Vorlage betreffend die Regulirung der Ober- und Spree wenigstens bezüglich der Oberregulirung wiederum vorschreibt, daß die Ausführung des Projects erst beginnen solle, wenn der gesammte Grund und Boden, welcher für die Bauausführung einschließlich der Neben-Anlagen erforderlich ist, der Staatsregierung aus Interessentenkreisen unentgeltlich und laienfrei zum Eigenthum überwiesen oder die Erstattung der sämtlichen staatsseitig für dessen Beschaffung im Wege der freien Vereinbarung oder der Ent-eignung aufzuwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenentschädigungen für Wirthschaftsschwer-nisse und sonstige Nachtheile, in rechtsgerichteter Form übernommen und sichergestellt ist. Offenbar würde diese Bestimmung nicht durchführbar sein, wenn die Regierung die gleichen Vorschriften bezüglich des Rhein-Ems-Canals in der bezeichneten Weise abändern wollte.

Das Centrum und die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Schleswig-Holstein.

Wie gemeldet, ist gestern die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Schleswig-Holstein in dritter Lesung angenommen worden. Die national-liberale Partei hatte in der Commission einige Verbesserungen derselben im liberalen Sinne durchgesetzt und im Plenum das gewonnene Terrain wieder eingebüßt. Daß diese Verbesserungen nicht gerade von radicaler Natur waren, dafür bürgt am besten der Umstand, daß die freiconservativen Abgeordneten der Provinz fast ausnahmslos für dieselben warm eingetreten waren und daß selbst die conservativen Abgeordneten, die aus der Provinz stammten, ihnen nicht völlig abgeneigt waren.

Den Ausschlag bei diesem Provinzialgesetze gab die Fraktion, welche in der ganzen Provinz keinen einzigen Abgeordneten und vielleicht nicht einmal einen einzigen Wähler hat, nämlich das Centrum. Dasselbe verbündete sich mit

den Conservativen, um die Vorlage der Regierung gegen die Commissionsbeschlüsse wieder herzustellen. Und es ist dies, obwohl es von Grund des Herzens mit den Commissionsbeschlüssen einverstanden war. Es motivirte seine Abstimmung damit, daß die Nationalliberalen für die Provinzen Hannover, Nassau, Rheinland und Westfalen ähnliche Verbesserungsanträge, wie sie jetzt betreiben, zu Falle gebracht haben, und daß man ihnen nicht das Zugeständniß machen könne, einer Provinz Vergünstigungen zu gewähren, die man anderen Provinzen versagt habe. Den Nationalliberalen sollte also ein Denkzettel gegeben werden. Man kann nicht leugnen, daß sie denselben verdient haben. Aber die Strafe an denselben wird auf Kosten Unschuldiger vollzogen und darum bleibt die Haltung des Centrums bedauerlich.

Man geht vielleicht, bemerkt dazu die „Nation“, nicht fehl, wenn man annimmt, daß es dem Centrumsführer darauf ankam, eine möglichst große Anzahl von Reiten in das Cartellverhältniß zu treiben, das sich im Abgeordnetenhaus in den früheren Sessionen bei den Polengezügen so schön bewährt hatte. In der That, das Schullastengesetz, diese Kreisordnung und der Wahlgeometrie-Antrag Richert, welche Stille der selbstsamsten Partei-verschiebungen bieten sie dar. Man sieht, mit wie ungewöhnlichen Schwierigkeiten es verknüpft ist, eine Majorität zu bilden, auf welche sich die gegenwärtige Regierung unter allen Umständen sicher stützen kann.

Ober- und Spree-regulirung.

Gestern ist dem Abgeordnetenhaus der erwartete Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung der Ober- und der Spree, zugegangen. Derselbe lautet im § 1: Die Staatsregierung wird ermächtigt,

I. zur Verbesserung der Schiffahrt auf der Ober von Breslau bis Aofel,

II. zur Verbesserung des Spreeaufs innerhalb der Stadt Berlin und bis zur Einmündung derselben in die Havel,

III. zur Verbesserung der Stromverhältnisse in der unteren Oder durch folgende Anlagen:

a) Regulirung der Oder von Pachiger Theer-osen bis Raduhn, einschließlich der zum Schutze des Dorfes Pachig erforderlichen baulichen Her-stellungen, b) Durchstich des Saathener Sakens, c) Regulirung der Oder am Saathener Durchstich bis Schwedt, d) Ausbau der Mäglitz als Flutcanal und Bau eines Nadelwehres in derselben, e) Regu-lirung der Oder von Schwedt bis Nipperviese, f) Neubau einer Brücke über die Mäglitz in dem Schmedt-Niederkräniger Damm — die Summen ad I von 21 500 000 Mark, ad II von 3 200 000 Mark, ad III von 1 600 000 Mark nach Maßgabe der Projecte zu verwenden, welche von dem Minister der öffentlichen Arbeiten — ad III im Einverständnisse mit dem Minister für Land-wirthschaft, Domänen und Forsten — festzu-stellen sind.

Die Ausführung des Projects wird in § 2 davon abhängig gemacht, daß der gesammte Grund und Boden für die Neuauführung ein-schließlich der Nebenanlagen der Regierung aus Interessentenkreisen unentgeltlich und kostenfrei überwiesen wird. Auch mit dem Bau der einzelnen unter b und c im § 1 III aufgeführten Anlagen soll erst vorgegangen werden, wenn die Aus-führung der anschließenden Deich- und Ent-wässerungsanlagen gesichert ist.

Deutschland und England.

Der Wind der Officiösen fängt immer mehr an sich zu drehen und sanft und warm gen England hinzuwehen, für welches man bisher jegliche Sympathien verleugnete. So schreibt man der „Pol. Corr.“ aus Berlin:

„An verschiedenen Symptomen ist zu erkennen, daß die deutschen Sympathien für Rußland in demselben Verhältniß im Abnehmen wie die für England im Zunehmen begriffen sind. Was letzteres betrifft, so hat der kurze Besuch der Königin Victoria geradezu Wunder gewirkt. Die Unterredungen der englischen Majestät mit unseren leitenden Persönlichkeiten haben den denkbar günstigsten Eindruck auf diese gemacht, und es kann nicht bezweifelt werden, daß die „Nordd. Allgemeine Zeitung“, welche bei gewissen Gelegenheiten für das Organ des Fürsten Bismarck gilt, gemüthlicher in seinem Namen sprach, als sie bei der Ankunft und der Abreise der Königin Worte des Willkommens und des Abschiedes aus-sprach, deren Wärme jedermann auffallen mußte, und die jetzt in der englischen Presse erfreulichen Wiederhall finden.“

Die Ernennung des Herzogs von Connaught, des Bruders der Kaiserin und des Gemahls der Prinzessin Margarethe (Tochter des Prinzen Friedrich Carl) zum Chef der Bieten'schen Hofaren, welche gerade jetzt publicirt worden ist, ist wohl ein fernerer Beweis, daß die jarten Rücksichten gegen Rußland und russische Empfindlichkeiten nachgerade etwas in den Hintergrund getreten sind.

Ein englisches Urtheil über die Franzosen.

Der Chefredacteur der „Pall Mall Gazette“, Stead, welcher, wie berichtet, auf einer Rundreise durch die europäischen Hauptstädte, mittels persönlicher Erkundigungen bei den bedeutendsten Männern, die Lage des Continents zu erkunden wünscht, jetzt in dem heute von Lüttich aus ab-gesandten Schreiben die Summe seiner in Paris gemachten Beobachtungen dahin, daß Frankreich den Frieden wünsche. „Wenn es in diesem Jahre Krieg giebt, so wird Frankreich ihn nicht be-ginnen. Auch wird die Republik nicht gestürzt werden. Die Franzosen sind noch nicht irrünftig geworden. Sie sind allerdings ein etwas unruhiges und unzufriedenes Volk, aber ebenso

wenig wie eine kleine Indigestion in ein delirium tremens ausartet, so wenig wird das Unbehagen der Franzosen zu Krieg und Revolution führen. Es thut nichts zur Sache, ob General Boulanger herauskommt oder verschwindet. Sollte er sich zum Fürsprecher eines Krieges machen, so würde er außer Deroulède und der Handvoll Enthusiasten, welche die Patriotenliga bilden, keinen Anhang haben. Frankreich wird weder Deutschland an-greifen noch Deutschland zum Kriege reizen. So sagt der Premierminister, so sagt General Boulanger, so sagt der Ministermacher Clemenceau und so sagt das ganze amtliche und nichtamtliche Paris, welches etwas zu bedeuten hat.“

So sehr Herr Stead übrigens sonst von den Franzosen begeistert ist, so wenig schmeichelhaft lautet das am Schluß seines Schreibens ausge-sprochene Urtheil über die französische Armee: „Sie ist eine prächtige Miliz, so stark, daß sie Frankreich unverwundbar macht. Aber sie ist weder organisiert, noch instruit und kann einen Offensivkrieg jenseits der Grenzen des Landes nicht führen.“

Herr Stead ist jetzt in Berlin eingetroffen, und es wird jedenfalls interessant, zu verfolgen, ob der Aufenthalt in der deutschen Residenzstadt seine Ansichten über die äußere Politik beeinflussen wird.

Priesterlicher Widerstand gegen den Papst.

Die Rundgebung der Propaganda, welche mit Vorwissen des Papstes den Feldzugsplan der irischen Nationalisten und des Boncotti-System mißbilligt, hat begreiflicherweise sowohl in Eng-land als auch in Irland großes Aufsehen gemacht. Die mit den irischen Angelegenheiten be- vertrauten Persönlichkeiten versichern indessen, daß der praktische Erfolg dieser Rundgebung wahrscheinlich kein allzu großer sein wird. Man weiß es ja, daß die gesammte katholische Geisteslichkeit Irlands den „Feldzugsplan“ billigt und daß mehrere Geistliche eine thätige Rolle in dem Kampfe gegen die Grundherren gespielt haben. Ist es nun auch richtig, daß die Irländer heute ebenso wohl, wie zu den Zeiten O'Connell's, den Papst als das Oberhaupt der Kirche verehren, so haben sie sich bisher stets geweigert, seine Autorität in politischen Fragen anzuerkennen. In Irland wird aber die Pachtinsfrage nicht als eine wirthschaftliche, sondern als eine rein politische angesehen. In diesem Sinne werden die irischen Priester die päpstliche Rundgebung dem Volk aus-legen, und man kann es als sicher hinstellen, daß das irische Landvolk sich mit Vergnügen eine derartige Auslegung zu eigen machen wird. In England selbst dürfte die päpstliche Rundgebung der Regierung theilweise sogar unbenommen werden, und zwar vorwiegend deshalb, weil die Gegner des Cabinets austreten werden, daß der Papst sich nicht so gefällig für Lord Salisbury gezeigt haben würde, wenn er von diesem nicht die Zu-sicherung irgend einer Gegenleistung erhalten hätte.

Stanley und Emin Pascha.

Der Afrikareisende und Secretär der Emin Pascha-Hilfs-Gesellschaft, F. de Winton, hat von Major Bartelot folgende aus dem Lager am Fluße Arumini datirte telegraphische Depesche er-halten:

„Keine Nachrichten von Stanley seit Oktober. Tippu Tib ging am 16. November nach Kasongo, bis zum März lieferte er uns aber nur 250 Mann. Mehr kommen. Habe aber Jameson nach Kasongo geschickt, um Tippu anzutreiben, um den Rest der ursprünglich versprochenen 600 Mann und eine Escorte zu ver-schaffen. Jameson wird am 14. Mai zurückkehren. Frühstens kann ich am 1. Juni aufbrechen. Beab-sichtige einen Offizier in Stanley Falls mit allem irgend-wie entbehrlichen Gepäck zurückzulassen. Alles wohl.“

Von ihrem Agenten in Jambiar hat die Gesell-schaft folgende vom 2. Mai 1888 datirte Depesche erhalten:

„Emin sagt in einem an uns gerichteten Briefe:

„Alles wohl, guter Vorrath von allem Nothwendigen; auf bestem Fuße mit den Häuptlingen und dem Volke. Werde in kurzem nach Khifo, am Ostufer des Albert-sees, oder nach Ullendu gehen. Habe Recognoscirungs-Abtheilung nach Stanley ausgeschickt.“ Emin erwartete Stanley am 15. Dezember.“

Herr de Winton bemerkt zu diesen beiden Depeschen: „Das erste Telegramm von Major Bartelot kommt über den Congo und deutet darauf hin, daß Stanley seine Route durch das zwischen dem Congo und dem Albert Nyanza ge-legene Land weiter verfolgt. Das Comité hegt keine Beforgniß, da Stanley, falls ihm etwas Ernst-liches passirt wäre, entweder selbst nach dem Lager Yambura am Arumini zurückgekehrt wäre, oder doch einige Leute dorthin gefandt hätte vor Abendung dieser Depesche. Letztere trägt keinen Vermerk über den Tag, an welchem sie aufgegeben wurde. Wahrscheinlich wurde sie Ende März abgeschickt. Was die zweite über Jambiar ausgefandte Depesche betrifft, so bestätigt sie eine früher schon mitgetheilte Ansicht, daß Stanley wahrscheinlich, nachdem er auf stark marstiges und lumpiges Terrain gestossen war und die directe Route nach dem Albert Nyanza nicht weiter verfolgen konnte, weiter nördlich gezogen ist, um Wabelai über die Makua-Brunnen und das Monbutu-Land zu erreichen.“

Arach in Argentinien.

Die italienischen Zeitungen bringen Nachrichten über eine furchtbare Handelskrise in Buenos-Ayres, die in den italienischen Hafenstädten, welche mit Buenos-Ayres in lebhafter Handelsverbindung stehen, nach Millionen Lire jährende Verluste ver-schuldet. Innerhalb zehn Tagen fallirten fünfzehn Bankhäuser, eines davon mit Passiven von 7 Millionen Pesos. Die Staatsbank verweigerte jede Discontirung und es sei in Folge dessen der Credit völlig untergraben.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 4. Mai.

Dritte Lesung der Kreis- und Provinzial-Ordnung für Schleswig-Holstein. Nachdem der Abg. Selig die Bedenken gegen die Vorlage erörtert, welche die Freisinnigen zur Ablehnung derselben veranlassen, wird das Gesetz in der Specialdiscussion nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen. In der Schlussabstimmung gelangen hierauf beide Gesetze im ganzen gegen die Stimmen der Freisinnigen, eines Theils der National-Liberalen und der Freiconservativen zur Annahme.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Scheben (Centr.) auf Annahme eines Gesetzes, betr. das Verbot von Surrogaten bei der Bierbereitung.

Die Commission hat die Ablehnung des Antrages beschlossen, nachdem die Regierung eine reichsgesetzliche Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt, und eine Resolution beantragt, in welcher um baldige Regelung ersucht wird. Der Abg. Scheben hat ebenfalls mit Bezug auf die Erklärung der Regierung eine motivirte Tagesordnung über seinen eigenen Antrag beantragt, in welcher gleichfalls um die baldige reichsgesetzliche Regelung gebeten wird.

Minister v. Bötticher ist mit beiden Anträgen einverstanden, kann aber eine „baldige“ Regelung nicht versprechen. Namentlich sei es nicht leicht zu entscheiden, wie weit man in Bezug auf das Verbot der Surrogate im wirtschaftlichen Interesse gehen dürfe. Sogleich werde sich die Frage so lösen lassen, daß wir ein bestimmtes, gesundes und süßes Bier erhalten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hermes (freis.) hat in der Commission den Standpunkt vertreten, daß gegen den Consum schlechtmachenden Bieres der Consum sich selbst wehren kann, während die Verwendung gesundheitsgefährlicher Surrogate durch das Nahrungsmittelgesetz verboten ist. Deshalb wäre der Uebergang zur Tagesordnung der beste Beschluß gewesen, weil wir uns dabei in Bezug auf die weitere Behandlung der Frage freie Hand gehalten hätten. Die Verwendung von Surrogaten, die nur 26 000 Doppelcentr. bei 5 Mill. Doppelcentr. erlaubten Materials befreite, sei eine unbedeutende, namentlich sei die Verwendung der Maltose, zu deren Herstellung etwa 3500 Doppelcentr. Mais aus Amerika eingeführt würden, für die Landwirthschaft nicht so schädlich, denn auch von dem zur Verwendung kommenden Quantum Gerste müsse ein großer Theil aus der Fremde eingeführt werden, weil Deutschland die zur Brauerei verwendbare Gerste nicht in genügender Quantität produciert. Das Surrogatverbot würde hauptsächlich die Kleinindustrie treffen. Uebrigens sei es nicht recht ersichtlich, warum man die bei der Benutzung der schädlichen Surrogate, welche ein schädliches Bier geben, verbieten solle. Habe man doch den Rohrzucker durch den Rübenzucker als Surrogat ersetzt u. s. w. Warum soll die Technik nicht auch auf dem Gebiete der Bierbrauerei nach dieser Richtung hin Fortschritte machen?

Abg. Graf (nat.-lib.) erklärt sich für den neuen Antrag des Abg. Scheben, weil das Nahrungsmittelgesetz nicht ausreicht, um die Verwendung gesundheitsgefährlicher Surrogate ganz zu unterdrücken. Die Verwendung von Surrogaten überhaupt soll nicht verboten, sondern nur declarationspflichtig gemacht werden.

Abg. Schmidt-Hohenzollern (Centr.) hätte gewünscht, daß die Commission sich an die Ausarbeitung eines preussischen Gesetzesentwurfs gemacht und nicht auf die geheimnißvolle Regelung der Frage im Reich vertritt hätte. Denn was hinter dieser Regelung stehe, wisse man nicht. Möglicherweise werde damit eine Erhöhung der Malzsteuer verbunden sein, und das würde er sich als Süddeutscher am allerersten fühlen. Ihm graue vor dem Reichstage (Heiterkeit), seitdem dieser das neue Branntweinsteuergesetz angenommen habe, welches alle die kleinen Brennereien, die mit dem Betrieb der Landwirthschaft verbunden waren, zerstört habe.

Abg. Fröhen (Centr.) hält die Furcht des Vorredners vor einer Erhöhung der Malzsteuer für unbegründet, denn er glaube nicht, daß der jetzige Reichstag es wagen würde, die Brauerei zu erhöhen. (Na, na! links.) Der heute gestellte Antrag Scheben wird angenommen.

Ueber eine Petition von Grundbesitzern zu Heidemühlen (Kreis Geestberg) wegen Entschädigung für Wildschäden stimmte das Haus in der Sitzung vom Freitag, den 27. April, bereits einmal ab. Es ergab sich aber die Beschlussfähigkeit. Heute gelangt der Antrag der Freisinnigen (Bertrag u. Gen.), diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, mit großer Mehrheit zur Annahme.

Eine weitere Petition der Vorsteher der Gemeinden Mühlenbach und Densborn, Kreis Prüm, wegen Abhilfe gegen Wildschäden beantragt der Abg. Drame ebenfalls der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, während die Commission den Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt.

Minister Lucius erklärt, daß natürlich die Regierung bestrebt sei, berechnete Klagen über Wildschäden zu berücksichtigen. Aber es habe sich gerade im Kreise Prüm gezeigt, daß Winkelconsulenten sich dazu hergaben, Klagen wegen angeblichen Wildschadens anzufertigen. Im Kreise Prüm handele es sich um fiskalische Forstparzellen, die sehr zerstückt sind, wo eine Abhilfe durch Errichtung von Wildzäunen nicht möglich ist, wo also nur durch Abschluß etwas erreicht werden kann.

Abg. v. Rauckhaupt (cons.) erkennt an, daß die Klagen über Schädigung durch Wild im ganzen Lande verbreitet seien. Bei der Beratung der Jagdordnung, die das Haus vor mehreren Jahren beschloß, haben wir dafür gestimmt, daß Abschluß des Wildes, beim Rothwild Eingatterung, beim Schwarzwild vollständige Absperrung stattfinden solle, um die Landwirthe vor Schäden zu schützen. Der Minister hat seinerseits auch beauftragt, daß die Jagdordnung nicht zu Stande gekommen ist. Wir haben mit unseren damaligen Beschlüssen unsere Schuldbiligkeit gethan. Den agitatorischen Anträgen gegenüber, die von anderer Seite ausgehen (heftige Unruhe und Aufse links: Schon wieder?), müssen wir erklären, daß wir die Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände nicht tragen können. Die in Rede stehende Petition ist sehr allgemein gehalten. Wir werden aber trotzdem dafür stimmen, daß sie der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werde.

Abg. v. Huene (Centr.) spricht seine Vermuthung darüber aus, daß die Majorität von neulich gegen den Antrag auf Berücksichtigung sich in eine Mehrheit für Berücksichtigung verwandelt habe. Er hebt dann hervor, daß in Bezug auf die jetzt zur Verhandlung stehende Petition der Commissionsantrag, trotzdem er nur eine motivirte Tagesordnung enthalte, sich mit dem Antrage auf Berücksichtigung eigentlich vollständig decke.

Abg. Richter: Hr. v. Rauckhaupt hat sich wieder gemüht gefunden, die Anträge als agitatorisch zu bezeichnen. Er hat schon gestern mit gewisser moralischer Entrüstung sich um ähnlichen Sinne über die gestern vorliegenden Anträge ausgesprochen. Trotzdem hat ein großer Theil seiner Fraktionsgenossen für diese Anträge gestimmt, die nach Herrn v. Rauckhaupt eigentlich sichtlich verwerflich sind. Wenn seine Reden schon auf seine Fraktionsgenossen des Einbruchs ermangeln, dann können Sie sich nicht wundern, wenn sie auf uns gar keinen Eindruck machen. Wir wünschen sehr, daß das, was Hr. v. Huene aus gestern eingeführt hat, auch in Zukunft beobachtet werde, daß man niemandem andere Gründe unterstellt, als solche, zu denen er sich selbst bekannt hat. Was würden Sie sagen, wenn wir Ihnen vorlesen wollten, daß Sie aus Eitelkeit gegen die Regierung oder gegen hohe Vorgesetzte ihre Stellung im Hause einnehmen? Herr v. Huene hat sich darüber gewundert, daß die Mehrheit, die früher gegen die Berücksichtigung war, jetzt für die Berücksichtigung ist. Guter Rath kommt oft über Nacht. Wahrscheinlich hat sich mancher auf der rechten Seite überlegt, daß es richtig, solche Petitionen anzunehmen. Nach der Rede des Ministers möchte man glauben, daß der Wildschaden in Deutschland gar nicht existirt, daß es nur frivole Erfindung von Winkelconsulenten und Wildbuben sei. Was hätten denn die Wildbuben für ein Interesse, über Verheerung des Wildes zu klagen. Wenn es abgeschossen wird, können sie es nicht mehr

stecken. Die Regierung in Eriar faßt die Sache auch nicht so leicht auf wie der Minister. Die von den Landräthen ernannten Gemeindevorsteher stehen ja mit an der Spitze der Petenten. Wenn der Wald in der Eifel so sehr parcellirt ist, dann rechtfertigt sich die Wildschädigung überhaupt nicht, weil dann der Schaden für die Ackerwirthschaft noch größer wird. Wenn der ganze Werth des jährlichen Abflusses an Roth-, Dam- und Schwarzwild noch nicht einmal eine Million Mark beträgt, wie groß mag andererseits der Schaden sein, der den Aekern zugefügt wird! Bei den gegenwärtigen Culturverhältnissen darf die Wildschädigung nicht festgestellt werden, namentlich nicht in Gegenden, welche man ohnehin schon als Rothlandskreife bezeichnet. Die Eingatterung ist absolut nothwendig. Wenn die Forstparzelle so klein ist, daß die Eingatterung zu kostspielig wird, dann mag die Wildhaltung ganz unterbleiben. (Beifall links.)

Minister Lucius: Daß die vorliegende Petition von Wildbuben herrührt, habe ich nicht behauptet. Aber unstreitig gehen diese Klagen häufig von solchen Personen aus, welche schon wegen Wildbuberei bestraft sind. Von einem eigentlichen Standwilde kann bei einem so parcellirten Terrain, wie dem in Rede stehenden, nicht die Rede sein. Daß aber das Wild nicht geschont worden ist, geht daraus hervor, daß in 5 Jahren 1/5 des gesammten Wildbestandes abgeschossen worden ist. Klagen über Wildschäden sind in den letzten Jahren nur zwischen 17 und 21 im ganzen eingegangen, aus dem Kreise Eriar nur zwei. Die Regierung hat auch in dem vorliegenden Falle angeordnet und ausgeführt, was nothwendig war.

Abg. Franke (nat.-lib.) glaubt, daß alle berechtigten Wünsche ganz einfach durch die gesetzliche Einführung des Wildschadenersatzes erfüllt werden könnten.

Der Antrag der Freisinnigen auf Berücksichtigung wird mit großer Mehrheit angenommen. Für denselben stimmt auch der größte Theil der Conservativen. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* Berlin, 4. Mai. Es ist bekannt, daß Kaiser Friedrich schon seit vielen Jahren dem Plan des großen Dombaues in Berlin seine Aufmerksamkeit gewidmet und sich viel mit den verschiedenen Möglichkeiten der Ausgestaltung beschäftigt hat. Dieser Tage wurde ihm ein Aufsatz aus den „Preussischen Jahrbüchern“: „Das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm und der Dom zu Berlin“ noch vor dem Erscheinen unterbreitet, der für ein dreigeschossiges und doch einheitliches Bauwerk eintritt — ein Mausoleum, eine Festkirche und eine Predigtkirche. Der Kaiser äußerte sich dahin, daß das seinen eigenen Ideen entspräche, daß er aber den Plan noch in der Richtung einer directen Verbindung des Doms mit dem Schloß durch einen Uebergang über die Kaiser-Wilhelms-Brücke wünsche. Ueberhaupt müsse die Dombau-Idee zu dem Schloße in Beziehung gesetzt werden.

* Berlin, 4. Mai. Alle Berichte über die Reise der Kaiserin Victoria in das Gebiet der Elb-überschwemmungen stimmen überein in der Schilderung der begeisterten Ovationen, deren Mittelpunkt die hohe Frau überall seitens der Bevölkerungen der besuchten Städte und Landstriche gewesen.

* Berlin, 4. Mai. Der Bundesrath erteilte in der am 3. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretrs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen für das Gebiet des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, dem Entwurf einer Verordnung wegen Ergänzung der Verordnung vom 16. August 1876, betreffend die Cautions der bei der Militär- und der Marine-Verwaltung angestellten Beamten, die Zustimmung. Auf den Vortrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen wurde beschlossen, die Steuerdirectivbehörden zu ermächtigen, denjenigen Brennereibesitzern, deren wirtschaftliche Lage dies erforderlich macht, auf ihren Antrag die Zahlungsfristen für die in den Monaten Mai bis einschließl. August d. J. fällig werdenden creditirten Malzschüttelsteuerbeträge um eine weitere Frist bis zu drei Monaten zu verlängern. Sodann wurde über den dem Kaiser wegen Wiederbesetzung der Stelle des Vorstehers der Centraldirection der Monumenta Germaniae historica zu unterbreitenden Vorschlag Beschluß gefaßt. Endlich wurde über die Zollbehandlung mehrerer Gegenstände Entscheidung getroffen.

* [Adelsverleihung.] Dem Vernehmen nach ist der Oberpräsident Dr. Adenbach in den Adelsstand erhoben worden.

* [Amnestie und Gerichtskosten.] Durch die Amnestie sind nicht allein die noch nicht verurtheilten Strafen, sondern auch die noch nicht bezahlten Gerichtskosten erlassen worden. Das Reichsgericht läßt aber gleichwohl, wie man der „A. Ztg.“ schreibt, in allen Straffällen, in denen es in letzter Instanz entschieden hat, durch die Gerichtskosten die fällige Kostenschild eintreiben. Vermuthlich stützt sich das Reichsgericht dabei auf die Annahme, daß der Erlaß des Königs von Preußen nur auf preussische Gerichte, nicht aber auch auf das kaiserliche Reichsgericht Anwendung finde. Von einem begnadigten Redacteur in Schlesien ist nun die gerichtliche Entscheidung über diese Frage angeregt worden. Man darf auf die Entscheidung dieser interessanten Principienfrage, welche für viele auch eine materielle Wirkung im Gefolge hat, gespannt sein.

* [Die neuen bairischen Goldmünzen] zeigen auf ihrer Aversseite den sehr jugendlich gehaltenen Kopf des Königs Otto mit der Umschrift: „Otto König von Baiern“. Der Kopf, mit links gewendetem Haar, kleinem Schnurrärtchen, erinnert an den Ludwig I., wie er auf Münzen in den dreißiger Jahren vorkommt. Die Reversseite ist gleich den bisherigen Goldstücken.

* [Schornsteinfegerwesen.] Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Antrages der Abgg. Mehner (Frankenstein) und Genossen betreffend die einheitliche Gestaltung des Schornsteinfegerwesens beantragt, über den Antrag mit Rücksicht auf den von beiden Häusern des Landtags in der gegenwärtigen Session endgültig angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einrichtung von Lehrbezirken für Schornsteinfeger, zur Tagesordnung überzugehen.

Breslau, 4. Mai. Dr. Hermann Ziegert, Geh. Regierungsrath a. D., ein Mitglied des Frankfurter Parlaments von 1848, ist vorgestern hier im 78. Lebensjahre gestorben. 3. war nach den Angaben der „Br. Ztg.“ 1848 Regierungs-Assessor in Minden, als er in die erste deutsche National-Parlament gewählt wurde. Dori gehörte er der Linken an, stimmte aber wie Mitte-Links für die Uebertragung der erbkaiserlichen Würde auf den König von Preußen. 1860-64 gehörte er

dem preussischen Abgeordnetenhaus an. Seit 1873 lebte er in Breslau und gehörte bis zu seinem Tode der dortigen Stadtverordneten-Versammlung an.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Mai. Heute begann, wie der „Post.“ gemeldet wird, der Proceß gegen Schoenerer und den Sinographen Gerstgräfer wegen des Ueberfalls der Redaction des „N. W. Tgl.“, also wegen Verbrechens der Gewaltthätigkeit, und gegen Schoenerer allein wegen Wachebefehligung bei der Auflösung des Commerces der Büchsenmacher „Teutonia“. Die Anklage sagt: Schoenerer hat Gewalt geübt, um seinen Haß zu befriedigen. Der Angeklagte schildert den Vorgang am 8. März, seinen Unwillen bei der Extra-Ausgabe über den Tod des Kaisers Wilhelm, seine Freude bei dem Widerruf und seinen Ekel über den vermutheten Zeitungs- und Börsenswindel. Er sei nach der Redaction gegangen, um die Thatsache festzustellen; dort sei er provocirt worden, weshalb er die Ansprache hielt, aber nie einen Gewaltact geplant habe.

Belgien.

Brüssel, 3. Mai. Das belgische Ministerium hat den aus der Schweiz ausgewiesenen, auf der Durchreise nach England in Gent weilenden Socialdemokraten Bernstein aus Belgien ausgewiesen.

Türkei.

* Im Vilajet Monastir sollen ernste Unruhen ausgebrochen sein. Serben und Griechen hätten sich gegen die türkischen Behörden verbunden.

Danzig, 5. Mai.

Wetterausichten für Sonntag, 6. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Stetlich warme Witterung, meist wolbig und bedeckt mit Regenschauern, zum Theil sonnig bei mäßigen bis frischen Winden aus West bis Nordwest. Nachts sehr kühl.

Am 6. Mai: S.-A. 4.17, S.-U. 7.37, M.-A. 3.16, M.-U. 6.29. Am 7. Mai: S.-A. 4.15, S.-U. 7.39, M.-A. 3.34, M.-U. 6.29.

* [Von der kaiserlichen Werft.] Nach Abgang des neuen Transportdampfers „Gider“ concentrirten sich die Arbeiten der kaiserlichen Werft auf die Fertigstellung der in ihrer Reparatur so weit vorgeschrittenen Schiffe „Hyäne“ und „Grille“. Letztere steht ihrer Fertigstellung noch im Laufe dieses Monats entgegen, während die Arbeiten an der „Hyäne“ bis August beendet sein sollen. Ferner wird das hier für das Stations-Commando Wilhelmshaven neu erbaute Dampfboot, welches seinem Zwecke entsprechend eine sehr elegante und bedegene innere Ausstattung erhält, im Laufe dieses Sommers vollendet werden. Die an diesen Bauten beschäftigten Schiffbauarbeiter werden dann bei dem Bau eines neuen Torpedobootes und des Kreuzers C. Verwendung finden. Die eigentlichen Arbeiten an diesem letzteren Schiffe, welches eine Länge von 78 Metern erhält, dürften jedoch vor Ende dieses Sommers kaum beginnen. — Der Ausbau der Werft selbst ist nach Anbetrieblung der neuen Kesselschmiede und Gießerei im großen und ganzen als beendet zu betrachten.

* [Schiffs-Vermessungen.] Nachdem nunmehr die Schiffsahrt für sämtliche Häfen der Rüste eröffnet ist, wird auch in der nächsten Zeit, wie alljährlich, die Schiffsvermessungs-Commission zur Vermessung und Beschichtigung der heimischen Schiffe in Bezug auf ihre etwaige Verwendung als Transportfahrzeuge für Kriegszwecke wieder ihre Thätigkeit beginnen.

* [Von der Weichsel.] Ein Telegramm aus Thorn von heute Vormittags 11 Uhr meldet: Der höchste Wasserstand war hier gestern Nachmittag mit 2,80 Metre; heute ist derselbe schon auf 2,72 Metre gesunken und fällt weiter. Heutiger Wasserstand bei Piesendorf 3,40 Metre, am Oberpegel 3,34 Metre am Unterpegel.

* [Vernehmung.] Der Marine-Werkmeister Bah e ist von Wilhelmshaven nach Danzig versetzt und hat hier seinen Dienst bereits angetreten.

* [Personalien.] Dem Regierungs-Rath, Ober-Zollinspector Schmidt in Schmalmyce ist die Stelle eines Mitgliedes der Provinzial-Steuer-Direction zu Danzig verliehen worden.

* [Am hiesigen Realgymnasium zu St. Petri] ist dem Hilfslehrer Schulte die Verwaltung der letzten ordentlichen Lehrstelle und dem Schulanfänger Spindlin die Verwaltung der ersten Hilfslehrerstelle vom hiesigen Magistrat übertragen worden.

* [Die diesjährigen Pfingstferien] beginnen für die hiesigen Volks- und Mittelschulen Freitag, den 18. Mai, Vormittags 11 Uhr. Die Schule beginnt wieder Donnerstags, den 24. Mai.

* [Gemeinschaft deutscher Bühnengedächtnisse.] Die mit dem jetzt in Berlin eröffneten Bazar verbundene Verloofung findet dort am 23. Juni und den folgenden Tagen statt. Die Gewinnliste wird f. 3., wie man uns mittheilt, auch in der „Danziger Zeitung“ veröffentlicht werden.

* [Mobilier-Feuerversicherungs-Gesellschaft.] Die Hauptversammlung der Mobilien-Feuerversicherungs-Gesellschaft für die Bewohner des platten Landes der Provinzen Ost- und Westpreußen wird am Dienstag, 12. Juni, in Marienwerder stattfinden. Derselben müssen in den einzelnen Kreisen Special-Verammungen vorangehen. Für den Kreis Danziger Höhe wird eine solche Special-Verammung am 16. Mai in der Demerschen Weinhandlung zu Danzig stattfinden.

* [Schwurgericht.] In der am 7. Mai beginnenden dritten Schwurgerichtsperiode kommen folgende Anklagesachen zur Verhandlung: Am 7. Mai gegen den Hofmeister August Groh aus Obergau wegen wissentlichen Meineides und gegen den Arbeiter Ferdinand Anton Koby aus Schellingsfelde wegen Raubes; am 8. Mai gegen den Arbeiter Franz Johann Stolz aus Gölle wegen wiederholten Diebstahls und Raubes; am 9. Mai gegen die Maurer- und Eigenthümerfrau Bertha Anorr, geb. Molkentin, wegen schweren Diebstahls und schweren Raubes sowie gegen die Einwohnerin Eva Engler, beide aus Ramerau-Osen, wegen Anstiftung und Beihilfe zu dem obigen Verbrechen und gegen den Arbeiter Carl Haase aus Reichenberg wegen Verbrechens gegen die Gittlichkeit; am 11. Mai gegen den Bauern Lorenz Cron aus Ghorczemo wegen Meineides und gegen den Arbeiter August Martin Büchau in Scharfberg wegen vorsätzlicher Brandstiftung; am 12. Mai gegen den früheren Gefangenen-Ausföhrer Franz Alexander Schymanski von hier wegen Mordes.

* [Feuer.] Gestern Abend 11 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach Schellingsfelde Nr. 4 gerufen, wo in der dortigen Bäckerei in dem auf dem Boden lagernden Holze Feuer ausgebrochen war, welches bei Ankunft der Feuerwehr bereits den Dachstuhl angegriffen hatte. Nach 1 1/2 stündiger Arbeit, wobei aus einer Spritze und einem Hydranten Wasser gegeben wurde, gelang es das Feuer zu löschen. Ein Dienstmädchen, welches auf dem Boden schlief, hat einige Brandwunden an den Füßen erlitten, doch war es noch im Stande, sich ohne fremde Hilfe zu retten.

* [Baumfrevler.] Die Frau G., wohnhaft in Schidlitz, hatte sich gestern Mittag mit ihrem Sohne in den Garten des Gärtners Riß am Johannsberge eingeschlichen und von mehreren werthvollen Bäumen Aeste abgeschnitten, wodurch dem Herrn R. über 100 Mk. Schaden entstanden ist. Die G. wurde bei der That betroffen und verhaftet.

* [Messer-Affäre.] Die unverheiratete Amanda Lipski geriet gestern Abend in der Al. Bäckergasse mit dem Arbeiter Johann B. in Streit, wobei letzterer ein Messer zog und der C. einen erheblichen Schnitt über die linke Schläfe bis nahe in das linke Auge versetzte. Der Thäter wurde durch einen Wächmann verhaftet, die C. im Lazareth am Dibaer Thor, wohin sie sich begab, in Behandlung genommen.

* [Polizei-Bericht vom 5. Mai.] Verhaftet: 1 Drahtbinder wegen Körperverletzung, 1 Conditör, 1 Frau wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen großen Unflugs, 5 Obdachlose, 10 Dirnen. — Gefunden: 1 Broche in Neufahrwasser auf der Dibaerstraße; abholen von der Polizei-Direction.

* Berent, 4. Mai. Der, wie neulich berichtet, gefänglich eingezogene persönlich haftende Geschäftsführer der in Liquidation befindlichen Berent Credit-Gesellschaft, Herr Bestatter, ist dieser Tage gegen Sinterlegung einer Caution von 5000 Mk. aus seiner Haft entlassen worden. — Die hiesige Brauerei, die bisher vier Besitzern gehörte, ist gestern zum Zweck der Auseinandersetzung unter den Besitzern zum gerichtlichen Verkauf gekommen. Derselbe wurde von dem Kaufmann A. Berent hier, einem der vormaligen Besitzer, für den Preis von 115 000 Mk. erstanden. — Vor einigen Tagen besuchte Herr Dr. Seligo einige unserer Geen, um dieselben in seiner Eigenschaft als Sachverständiger des preussischen Fischerei-Bereichs einer Untersuchung zu unterziehen. Es sei hierbei bemerkt, daß es höchst nöthig erscheint, daß weitere Kreise sich der Fischerei in unserer Gegend annehmen. Der augenblickliche, von Jahr zu Jahr zunehmende Niedergang derselben wird durch die planlose Raubfischerei in unserer Gegend verursacht. Wo es noch vor einigen Jahren Lachs, Forellen, Aale und auch Welse gab, giebt es jetzt nur noch kleine Fische, und es ist voraussichtlich in absehbarer Zeit auch der Breßen und der Geyt eine Rarität bei uns. — An die Stelle des Obersteuercontroleurs Dimeher ist der bisherige Ober-Steuercontroleur Krämer aus Oberschlesien hierher versetzt worden.

* Neustadt, 4. Mai. Herr Bürgermeister Pillath hier selbst, welcher seit einer langen Reihe von Jahren unsere Communalverwaltung leitet, tritt demnächst wegen Kränklichkeit in den Ruhestand. Die Stadtverordneten haben seine Pensionierung bereits genehmigt und das Gehalt für den neu zu wählenden Bürgermeister auf 2100 Mk. festgesetzt.

* r. Marienburg, 4. Mai. Mit dem Aufstellen einer Normal-Annoncen-Uhr wird, nachdem die Verhandlungen jetzt ihren Abschluß erreicht, seitens einer Hamburger Firma in den nächsten Tagen begonnen werden. — Zum Austrocknen der überschwemmten Häuser hatte Hr. Heze-Fischerwalde mehrere Waggon Braunkohlen-Briquettes gefaßt, welche heute zur Vertheilung gelangten.

* Graudenz, 4. Mai. Im hiesigen Lehrerseminar wurde heute unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulrathes Dr. Böcker die Wiederholungsprüfung beendet. Von 21 Bewerbern waren 20 erschienen, und von diesen bestanden 15 die Prüfung. (Cef.)

* W. Königsberg, 4. Mai. Die Betriebseinnahmen der ostpreussischen Südbahn pro April 1888 betragen nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 68 749 Mk., im Güterverkehr 322 435 Mk., an Extraordinarien 16 600 Mk., zusammen 407 784 Mk. (gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres mehr 183 516 Mk.) im ganzen vom 1. Januar bis 30. April 1 627 352 Mk. (gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres mehr 516 887 Mk.)

* r. Holland, 4. Mai. Im Juni d. J. soll hier der Verbandstag der ostpreussischen freiwilligen Feuerwehren abgehalten werden. Ein Local-Comité trifft bereits die Vorbereitungen zum Empfang der Gäste.

* Der Regierungs-Baumeister Pelicaeus in Göttingen ist zum kgl. Kreis-Baumeister befördert und der Regierungs-Baumeister Promnitz in Oppeln zum kgl. Kreis-Baumeister in Gumbinnen ernannt worden.

* Bromberg, 4. Mai. Mit der Einrichtung eines städtischen Leihamts soll es bei uns nun wirklich Ernst werden. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ist die Einrichtung eines solchen Instituts, nachdem diese Angelegenheit die Verammung schon einmal beschäftigt hat, endgültig beschlossen worden. Das Betriebskapital soll im Betrage von 60 000 Mk., verzinsslich zu 4 Proc., aus der Sparkasse entnommen werden. — Der Termin zur Eröffnung unserer Pferdebahn ist auf den 17. d. M. festgesetzt worden. Die Arbeiten zur Fertigstellung derselben sind nahezu vollendet.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Mai, 2 1/4 Uhr Nachm. (W. Z.) Der Kaiser weilt auch heute außer Bett; er nahm Vormittags den Vortrag des Cabinetchefs, General v. Albedyll entgegen. Die Körpertemperatur der letzten 24 Stunden war niedriger, als zu irgend welcher Zeit seit dem Eintreten des Fiebers, welches heute vor drei Wochen begann. Der Kaiser machte gestern wohlgefundene Gehversuche, welche heute wiederholt wurden. Der Appetit ist zufriedenstellend.

Berlin, 5. Mai, Nachm. 3 Uhr. (Priv.-Telegr.) Die Aerzte sind mit dem Befinden des Kaisers sehr zufrieden. Die Nachtruhe war gut, das Fieber ist geringer als bisher. Die Temperatur war Nachts 38,2, heute Morgen 37,2 Grad. Die Gehversuche haben den Kaiser nicht übermüdet.

Berlin, 5. Mai. (Privat-Telegramm.) Die Commission des Herrenhauses lehnte den Antrag Struckmann zu § 4 des Schullastengesetzes, welcher dem Antrage Hobrecht im Abgeordnetenhaus entspricht und die Schulgelberhebung für gehobene Schulen zuläßt, mit 8 gegen 6 Stimmen ab und nahm § 4 in veränderter Fassung an. Danach bleibt die Schulgelberhebung in Volksschulen, wo gegenwärtig das bestehende Schulgeld durch Staats-Beiträge nicht gedeckt wird, davon abhängig, daß bei der Aufhebung des Schulgeldes eine erhebliche Vermehrung der Communal- und Schulabgaben eintreten müßte. Durch diesen mit 10 gegen 4 Stimmen gefaßten Beschluß wurde die entsprechende Bestimmung des Abgeordneten-Hauses beseitigt.

Dermischte Nachrichten.

* [Doppelraubmord.] Ein in Petersburg verübter grauenhafter Doppelraubmord wird von dort gemeldet: Staatsrathin Mikulaga-Malay — die Tante des jüngst verstorbenen bekannten Neu-Guinea-Forschers — und ihre Dienstmagd wurden gestern in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als muthmaßliche Mörder wurden der Diener (Portier) des Hauses, in dem die Ermordeten wohnten, und der Sohn einer früheren Köchin der Staatsrathin verhaftet. Es wurden 15 000 Rubel geraubt, doch ist dieses Geld bei den Verhafteten nicht vorgefunden worden.

Schiffs-Nachrichten.

Bremen, 4. Mai. (Tel.) Die Rettungsstation Taiff telegraphirt: Am 3. Mai, Abends 10 Uhr, von der hier gestrandeten holländischen Fiala „De twee Gezuiften“ drei Personen, darunter eine Frau, durch das Rettungsboot „Leer“ der Station Dfland gerettet. Hohe See, Sturm aus West-Güld-West mit Böen.

Newyork, 4. Mai. (Tel.) Die Hamburger Postdampfer „Cessing“ und „Thaetia“ sind, von Hamburg kommend, gestern Abend resp. heute früh hier eingetroffen.

Chemische Fabrik.
Pettchow. Davidsohn.
Comtoir: Hundegasse Nr. 111.

Neue und gebrauchte
Feld-Eisenbahnen,
 besonders practisch zur Rüben-Ab-
 fuhr, Meliorationen, Ziegel-,
 Soli-, Kohlen-, Erd-, Dung-
 Transporten etc.
 werden

kauf- auch miethsweise
 äußerst billig abgegeben.

Cudw. Zimmermann Nachfl., Danzig
Comtoir und Lager: Fischmarkt 20/21.